



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

04/2015 23.01.2015

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Staats- und Verwaltungsorganisation

Andreas Janko

Das Studienbuch „Staats- und Verwaltungsorganisation“ vermittelt in einer strukturierten und auf das Wesentliche konzentrierten Form ein grundlegendes Verständnis der Staats- und Verwaltungsorganisation. Es behandelt damit zentrale Themen sowohl aus dem Fach „Verfassungsrecht“ als auch aus dem Fach „Verwaltungsrecht“.

Univ.-Prof. Dr. Andreas Janko ist Vorstand des Instituts für Staatsrecht und Politische Wissenschaften der Johannes Kepler Universität Linz.

ISBN 978-3-902883-02-5, XI und 151 Seiten, Harteinband, gebunden, 25,- Euro

Zu beziehen auf www.pedell.at.

I. Bundesgesetzblatt

[BGBl I 25/2015](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über die Aufhebung des ersten Satzes des § 191 Abs. 2 des **Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches** sowie des § 8 Abs. 4 des **Eingetragene Partnerschaft-Gesetzes** durch den Verfassungsgerichtshof

[BGBl I 26/2015](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über die Aufhebung des § 135 Abs. 27 des **Kraftfahrzeuggesetzes 1967** durch den Verfassungsgerichtshof

[BGBl I 27/2015](#)

Kundmachung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft über das Inkrafttreten des Bundesgesetzes, mit dem das **KWK-Gesetz** geändert wird (**KWK-Gesetz-Novelle 2014**)

[BGBl II 4/2015 \(Anlage\)](#)

Kundmachung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft mit der das **Normenverzeichnis für die Sicherheit von Aufzügen und von Sicherheitsbauteilen für Aufzüge** der ASV 2008 aktualisiert wird

[BGBl II 6/2015 \(Anlage 1, Anlage 2\)](#)

Dritte Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft zur Durchführung des Außenwirtschaftsgesetzes 2011 (**Dritte Außenwirtschaftsverordnung 2014** – 3. AußWV 2014)

II. Amtsblatt der EU

[ABI L 10 v 16.01.2015, 1](#)

Verordnung (EU) 2015/56 der Kommission vom 15. Januar 2015 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr 865/2006 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr 338/97 des Rates in Bezug auf den **Handel** mit Exemplaren **wild lebender Tier- und Pflanzenarten**

[ABI L 12 v 17.01.2015, 1](#)

Delegierte Verordnung (EU) 2015/35 der Kommission vom 10. Oktober 2014 zur Ergänzung der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und **Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (Solvabilität II)**

[ABI L 15 v 22.01.2015, 1](#)

Durchführungsverordnung (EU) 2015/81 des Rates vom 19. Dezember 2014 zur Festlegung **einheitlicher Modalitäten** für die Anwendung der Verordnung (EU) Nr 806/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf **im Voraus erhobene Beiträge zum einheitlichen Abwicklungsfonds**

III. Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, Verwaltungsgerichte

A. Verfassungsgerichtshof

29.11.2014, [G 30/2014 ua](#) (Anlassfall [B 40/2014 ua](#))

VerfassungsgerichtshofG; Aufhebung einer Bestimmung des VfGG betr das **verfassungsgerichtliche Verfahren bei Beschwerden** mangels Einräumung einer **Parteistellung des belangten Verwaltungsgerichtes**; Erörterung der Verfassungsmäßigkeit einer beim Verfassungsgerichtshof angefochtenen Entscheidung mit dem entscheidungserlassenden Organ verfassungsrechtlich geboten

02.12.2014, [G 74/2014 ua](#)

ArbeitslosenversicherungsG; Aufhebung einer Bestimmung des AIVG über den **Ausschluss der aufschiebenden Wirkung** von Beschwerden gegen Bescheide einer Geschäftsstelle des AMS und von Vorlageanträgen mangels Erforderlichkeit

09.12.2014, [B 1353/2012 ua](#)

FremdenpolizeiG; Anlassfall zu VfGH 09.12.2014, [G 160/2014 ua](#)

09.12.2014, [B 751/2013](#)

FremdenpolizeiG; Verletzung im Recht auf ein Verfahren vor dem gesetzlichen Richter durch Zurückweisung des Antrags auf Ausstellung einer Karte für Geduldete

11.12.2014, [G 18/2014](#)

ABGB; Aufhebung des **Mindest-Altersunterschieds** von 16 Jahren zwischen Wahleltern und Wahlkind bei **Adoptionen**; Verstoß gegen das Bundesverfassungsgesetz über die Rechte von Kindern mangels Rücksicht auf das konkrete Kindeswohl; ausnahmslose und generelle Anordnung des Altersabstands unverhältnismäßig

11.12.2014, [B 116/2012 ua](#)

Tir VerkehrsaufschließungsabgabenG; **Tir BauO**; **EisenbahnG**; Verletzung im Gleichheitsrecht durch Vorschreibung von **Erschließungsbeiträgen für die Errichtung von Rettungsschachtkopfgebäuden**; unmittelbar dem Betrieb der Eisenbahn dienende Eisenbahnbauten vom Anwendungsbereich des Tir VerkehrsaufschließungsabgabenG 2011 nicht erfasst

B. Verwaltungsgerichtshof

17.12.2014, [2012/03/0153](#)

PostmarktG; **RL 97/67/EG**; Vorlage von Vorabentscheidungsfragen an den EuGH betreffend die RL 97/67/EG idF RL 2008/6/EG; sind **Postdiensteanbieter** unabhängig davon, ob sie Universaldienstleistungen erbringen, zur Mitfinanzierung der betrieblichen Aufwendungen der **nationalen Regulierungsbehörde** verpflichtet; bei Bejahung dieser Frage stehen weitere Fragen zur Spezifizierung im Raum

28.11.2014, [2011/06/0096](#)

Stmk BauG; **Stmk RaumordnungsG**; der Inhalt der in einem Flächenwidmungsplan verwendeten Begriffe richtet sich nach den Bestimmungen des RaumordnungsG im Zeitpunkt seines Wirksamwerdens; ein Widerspruch zu den Bestimmungen des Stmk RaumordnungsG schließt nach § 5 Abs 1 Z 1 iVm § 29 Abs 1 Stmk BauG die Erteilung einer Baubewilligung für ein baubewilligungspflichtiges Bauvorhaben aus; eine geringe Anzahl von Personen, die den „**Gemeingebrauch**“ tatsächlich ausüben, steht der **Öffentlicherklärung eines solchen Weges** nicht entgegen, wenn die (weitere) Voraussetzung hierfür vorliegt, nämlich, dass diese Benützung zur Befriedigung eines dringenden Verkehrsbedürfnisses erfolgt; allein in dem Umstand, dass ein Weg die einzige Zufahrtsmöglichkeit zu anrainenden, bebauten Grundstücken darstellt, liegt ein **dringendes Verkehrsbedürfnis**

28.11.2014, [2011/06/0142](#)

Tir BauO; **Tir RaumordnungsG**; die Frage der Erforderlichkeit der **Erlassung von Bebauungsplänen** ist nach der Lage des Falles für die zu bebauende Grundfläche zu beurteilen; die Vermeidung gegenseitiger Nutzungsbeeinträchtigungen ist in erster Linie Aufgabe der Flächenwidmungspläne, nicht der Bebauungspläne; die Aufzählung der **subjektiv-öffentlichen Nachbarrechte in § 25 Abs 3 Tir BauO** ist abschließend; die Zustimmung des Nachbarn für Aufschüttungen über einer bestimmten Höhe ist nur dann erforderlich, wenn diese innerhalb der Mindestabstandsflächen erfolgen sollen; die Abstandsbestimmungen des § 6 Tir BauO sind ausdrücklich in § 25 Abs 3 lit d leg cit als Nachbarrecht genannt

28.11.2014, [2012/06/0027](#)

ZustellG; wenn weder internationale Vereinbarungen (Staatsverträge) noch nationale Rechtsvorschriften des Staats, in dem zugestellt werden soll, bestehen, bestimmt sich die Zulässigkeit und Form der **Zustellung von Schriftstücken österreichischer Behörden im Ausland** nach der internationalen Übung, dh danach, ob und ggf welche Form der Zustellung der betreffende ausländische Staat auf seinem Gebiet üblicherweise ohne Protest zulässt und damit stillschweigend seine Zustimmung zu diesem Vorgehen zum Ausdruck bringt; eine meldebehördliche Abmeldung beseitigt den Charakter einer Abgabestelle nicht

28.11.2014, [2013/06/0143](#)

Stmk BauG; vorschriftswidriges Ableiten der Niederschlagswasser auf das Dach der Nachbarin durch eine neue, längere Dachrinne (§ 41 Abs 3 Stmk BauG)

28.11.2014, [Ro 2014/06/0006](#)

NÖ LandesstraßenG; wurde der Bf als dinglich Berechtigter an Grundstücken, auf denen die Baumaßnahmen durchgeführt werden sollen, **dem Verwaltungsverfahren nicht beigezogen**, kann ihm das grundsätzlich vor dem VwGH geltende **Neuerungsverbot** nicht entgegengehalten werden; der wie ein Eigentümer in § 13 Abs 1 Z 2 NÖ LandesstraßenG angeführte dinglich Berechtigte ist nicht auf die Geltendmachung der in § 13 Abs 2 leg cit genannten Rechte beschränkt; er kann im Straßenbewilligungsverfahren auch die Notwendigkeit der Errichtung der Straße in Frage stellen

28.11.2014, [Ro 2014/06/0030](#)

Tir BauO; der Nachbar kann **Mängel in den Planunterlagen** dann als Verletzung von Nachbarrechten geltend machen, wenn er sich infolge dieser Mängel nicht ausreichend über Art und Umfang des Bauvorhabens sowie über die Einflussnahme auf seine Rechte informieren konnte

25.11.2014, [2013/06/0089](#)

Stmk BauG; aus der Bescheinigung des Baumeisters, womit eine bewilligungsgemäße und rechtskonforme Bauführung bestätigt wurde und der darauf gestützten Erteilung einer Benützungsbewilligung gem § 38 Stmk BauG kann nicht das Recht abgeleitet werden, den dem Stmk BauG und der **Baubewilligung widersprechenden Zustand** zu belassen; weder aus § 4 Z 4 noch aus § 13 Stmk BauG ergibt sich, dass die darin angeführten Abstandsbestimmungen nur mit einer Toleranz nach den Bestimmungen der Vermessungsverordnung einzuhalten seien; der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gem § 2 VVG ist im Verfahren betreffend die Erlassung eines Beseitigungsauftrags nach dem Stmk BauG nicht anzuwenden

27.10.2014, [2013/04/0079](#)

GewO; VVG; der vorliegende **Vollstreckungstitel** ordnet die „sofortige Schließung“ eines durch die Grundstücksnummer näher bezeichneten Lagerplatzes und die „vollständige Entfernung“ der dort abgelagerten Materialien an; diese Anordnung ist unmissverständlich und beinhaltet einen objektiv erkennbaren eindeutigen Inhalt; daran ändert nichts, dass gleichzeitig die zu entsorgende Menge – noch zusätzlich – durch die Angabe einer Größenordnung (ca 4.500 bis 5.000 m³) präzisiert wird; ein anhängiges Verfahren, welches auf die Herstellung des der Rechtsordnung entsprechenden Zustands abzielt, hindert im Fall der Fortsetzung des genehmigungslosen Betriebs die Vorschreibung einer Maßnahme nach § 360 Abs 1 GewO nicht

27.10.2014, [2013/04/0095](#)

GewO; die Genehmigungsvoraussetzungen nach § 81 GewO sind keine anderen als jene, an die das Gesetz in § 77 GewO die Errichtung und den Betrieb einer Anlage knüpft; nach § 81 Abs 1 GewO bedarf nicht jede **Änderung einer genehmigten Betriebsanlage** einer Genehmigung, sondern nur eine solche Änderung, die geeignet ist, die in § 74 Abs 2 GewO umschriebenen Interessen zu beeinträchtigen; Gegenstand eines Genehmigungsverfahrens nach § 81 GewO hat primär nur die Änderung einer genehmigten Betriebsanlage, nicht jedoch die geänderte Betriebsanlage insgesamt zu sein

27.10.2014, [2013/04/0103](#)

GewO; bei der **Prognoseentscheidung**, ob nach der Eigenart der strafbaren Handlung und nach der Persönlichkeit des Verurteilten die **Begehung der gleichen oder einer ähnlichen Straftat** bei Ausübung des Gewerbes zu befürchten ist, kann zwar dem seit der Begehung der Delikte verstrichenen Zeitraum, wenn er in erheblichem Ausmaß in Haft verbracht wurde, ein geringerer Stellenwert beigemessen werden, doch ist dieser Zeitraum jedenfalls nicht von vornherein und kategorisch bei der Prognose auszublenden; Zeiten des Wohlverhaltens während einer Drogentherapie haben nicht unberücksichtigt zu bleiben

27.10.2014, [Ro 2014/04/0061](#)

GewO; Wechsel des für ein Kehrobjekt beauftragten Rauchfangkehrers; **Einschränkungen des Wechsels** werden in § 124 zweiter Satz GewO alleine in zeitlicher Hinsicht normiert; ob der für die Zukunft beauftragte Rauchfangkehrer sein Gewerbe im Kehrgelände des Kehrobjekts ausüben und dabei allenfalls zulässigerweise in das Kehrgelände des Kehrobjekts wechseln darf (§ 124 letzter Satz GewO), liegt alleine in dessen Verantwortung und betrifft nicht den bisher beauftragten Rauchfangkehrer

C. Verwaltungsgerichte

LVwG Oö 14.01.2014, [LVwG-800098](#)

GewO; der Bf bot fünf Türen und ein großes Fenster zum Verkauf an; da er mit Schildern auf den dafür eigens eingerichteten Schauraum hinwies und so diese Ankündigungen einem nicht bloß eingeschränkten Personenkreis bekannt machte und dabei den **Eindruck** erweckte, **dass die Tätigkeit des Handelsgewerbes ausgeübt wird**, lag objektiv besehen eine unbefugte Tätigkeit iSd § 366 Abs 1 Z 1 GewO vor; dass der Bf subjektiv beabsichtigte, diese Türen, die für seinen Eigengebrauch nicht verwendbar waren, abzuverkaufen, ist in diesem Zusammenhang irrelevant

Hinweis: Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich (www.lvwg-ooe.gv.at) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ (www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at; seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

LVwG Tir 26.09.2014, [LVwG-2014/37/2180-2](#)

VwGVG; AVG; zur Anrufung des VwG ist berechtigt, wem das B-VG selbst oder das jeweilige Materiengesetz eine solche Legitimation einräumt (Legalpartei); im Übrigen kann Beschwerde erheben, wer durch den angefochtenen Verwaltungsakt grundsätzlich in seinen Rechten verletzt zu sein behauptet, sofern eine solche Rechtsverletzung zumindest möglich ist; im Bescheidbeschwerdeverfahren handelt es sich dabei im Wesentlichen um jene Personen, denen zum Abschluss des Verwaltungsverfahrens Parteistellung zukam und deren Standpunkt in der angefochtenen Entscheidung nicht vollinhaltlich Rechnung getragen wurde; im Übrigen sind es die von der bekämpften Amtshandlung Betroffenen, also jene Personen, gegen die sich die Amtshandlung - ihrer Intention nach (wenn auch nur immanent) - richtet

LVwG NÖ 02.10.2014, [LVwG-AB-14-0687](#), [LVwG-PL-13-0205](#)

AlltastensanierungsG; AbfallwirtschaftsG; § 53 Abs 1 AbfallwirtschaftsG berechtigt nicht zur Errichtung und den Betrieb eines Lagers für Abfälle; die Erleichterung des § 52 f leg cit gegenüber der **Genehmigungspflicht für ortsfeste Anlagen** besteht bei **mobilen Anlagen** darin, dass für den einmaligen Einsatz auf einer Anlage und im Baustellenbetrieb keine zusätzliche abfallrechtliche Genehmigung für diese Tätigkeit benötigt wird

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

[21.01.2015, verb Rs C-482/13, C-484/13, C-485/13 und C-487/13, Unicaja Banco](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 93/13/EWG – Verträge zwischen Gewerbetreibenden und Verbrauchern – **Hypothekenverträge** – Klauseln über Verzugszinsen – **Missbräuchliche Klauseln** – Zwangsvollstreckung aus einer Hypothek – Herabsetzung der Zinsen – **Befugnisse des nationalen Richters**

[21.01.2015, Rs C-529/13, Felber](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Sozialpolitik** – Richtlinie 2000/78/EG – Art 2 Abs 1 und 2 Buchst a und Art 6 Abs 1 und 2 – **Ungleichbehandlung wegen des Alters** – Öffentlicher Dienst – Altersversorgung – Nationale Regelung, die die Anrechnung der vor Vollendung des 18. Lebensjahrs zurückgelegten Schulzeiten ausschließt

[22.01.2015, Rs C-282/13, T-Mobile Austria](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Elektronische Kommunikationsnetze und -dienste** – Richtlinie 2002/20/EG – Art 5 Abs 6 – Nutzungsrechte für Funkfrequenzen und Nummern – Richtlinie 2002/21/EG – Art 4 Abs 1 – Rechtsbehelf gegen Entscheidungen einer nationalen Regulierungsbehörde – Begriff des von einer Entscheidung einer nationalen Regulierungsbehörde betroffenen Unternehmens – Art 9b – **Übertragung individueller Rechte zur Nutzung von Funkfrequenzen** – Neuzuteilung der Rechte zur Nutzung von Funkfrequenzen nach der **Verschmelzung zweier Unternehmen**

[22.01.2015, verb Rs C-401/13 und 432/13, Balazs](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer** – Verordnung (EWG) Nr 1408/71 – Art 7 Abs 2 Buchst c – Anwendbarkeit von Abkommen über soziale Sicherheit zwischen Mitgliedstaaten – **Repatriierter Flüchtling**, der aus einem Mitgliedstaat stammt – Zurücklegung von Beschäftigungszeiten im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats – Antrag auf **Gewährung von Altersgeld** – **Verweigerung**

[22.01.2015, Rs C-419/13, Art & Allposters International](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Geistiges Eigentum** – Urheberrecht und verwandte Schutzrechte – Richtlinie 2001/29/EG – Art 4 – Verbreitungsrecht – Erschöpfungsregel – **Begriff ‚Gegenstand‘** – Übertragung der **Abbildung eines geschützten Werks von einem Papierposter auf eine Leinwand** – Ersetzung des Trägers – Auswirkung auf die Erschöpfung

[22.01.2015, Rs C-441/13, Hejduk](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – Art 5 Nr 3 – Besondere Zuständigkeiten im Fall einer unerlaubten Handlung oder einer Handlung, die einer unerlaubten Handlung gleichgestellt ist – **Urheberrechte** – Entmaterialisierter Inhalt – Veröffentlichung im Internet – **Bestimmung des Ortes des schädigenden Ereignisses** – Kriterien

[22.01.2015, Rs C-463/13, Stanley International Betting und Stanleybet Malta](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 49 AEUV und 56 AEUV – Niederlassungsfreiheit – Freier Dienstleistungsverkehr – **Glücksspiele** – Nationale Regelung – Neuordnung des **Konzessionierungssystems** durch eine Anpassung der Zeitpunkte, zu denen die Konzessionen ablaufen – Neue Ausschreibung – **Verkürzung der Laufzeit** der Konzessionen gegenüber der Laufzeit früher erteilter Konzessionen – Beschränkung – **Zwingende Erfordernisse des Allgemeininteresses** – Verhältnismäßigkeit

[22.01.2015, Rs C-55/14, Régie communale autonome du stade Luc Varenne](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 77/388/EWG – Mehrwertsteuer – Befreiungen – Art 13 Teil B Buchst b – Begriff der von der **Steuer befreiten Vermietung von Grundstücken** – Entgeltliche Überlassung eines Fußballstadions – Überlassungsvertrag, in dem sich der **Eigentümer bestimmte Rechte und Befugnisse vorbehält** – Erbringung verschiedener Dienstleistungen durch den Eigentümer, auf die 80 % der vertraglich vereinbarten Vergütung entfallen

B. Schlussanträge

[22.01.2015, Rs C-686/1, X \(GA Kokott\)](#)

Steuerrecht – **Nationale Ertragsteuer** – **Niederlassungsfreiheit** gemäß Art 49 AEUV – **Freier Kapitalverkehr** gemäß Art 63 Abs 1 AEUV – Steuerliche **Nichtberücksichtigung von Gewinnen und Verlusten** bei der **Veräußerung einer Beteiligung** – Beteiligung an einer Tochtergesellschaft in einem anderen Mitgliedstaat – Aufgabe der Tätigkeit der Tochtergesellschaft – Steuerliche Berücksichtigung eines Veräußerungsverlusts, soweit er auf einem Wechselkursverlust beruht

[22.01.2015, Rs C-15/14 P, Kommission / MOL \(GA Wahl\)](#)

Rechtsmittel – **Staatliche Beihilfe** – Vertrag zwischen dem **ungarischen Staat** und der **Erdöl- und Gasgesellschaft MOL** über Schürfgeldern im Zusammenhang mit der Gewinnung von Kohlenwasserstoffen – Nachträgliche gesetzliche Änderung betreffend die **Erhöhung des Schürfgeldensatzes** – Nicht auf MOL angewandte Erhöhung – Bestehen eines **selektiven Vorteils**

C. Gericht

[22.01.2015, Rs T-193/12, MIP Metro / OHMI - Holsten-Brauerei \(H\)](#)

Gemeinschaftsmarke – Widerspruchsverfahren – Internationale Registrierung, in der die Europäische Gemeinschaft benannt wird – **Bildmarke H** – Ältere nationale Bildmarke H – **Relatives Eintragungshindernis** – Verwechslungsgefahr – Art 8 Abs 1 Buchst b der Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Begründungsmangel – Art 75 der Verordnung Nr 207/2009

22.01.2015, Rs T-172/13, *Novomatic / OHMI - Simba Toys (AFRICAN SIMBA)*

Gemeinschaftsmarke – Widerspruchsverfahren – Anmeldung der Gemeinschaftswortmarke **AFRICAN SIMBA** – Ältere nationale Bildmarke Simba – Relatives Eintragungshindernis – **Ernsthafte Benutzung der älteren Marke** – Art 42 Abs 2 und 3 der Verordnung (EG) Nr 207/2009 – **Begründungspflicht** – Art 75 der Verordnung Nr 207/2009 – **Verwechslungsgefahr** – Art 8 Abs 1 Buchst b der Verordnung Nr 207/2009

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

20.01.2015, Beschwerde Nr. 107/10, *Manuello und Nevi / Italien*

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); gerichtliches **Verbot** für bf **Großeltern, Kontakt** zu ihrem **Enkelkind** haben zu können, nachdem ihr Sohn (**Vater**) aufgrund **sexuellen Missbrauchs** an ihrem Enkelkind **verurteilt** worden war; Kontaktverbot zu Familienmitgliedern in derartiger Situation möglich; sorgfältige Abwägung erforderlich; im vorliegenden Fall jedoch **kein hinreichender Schutz** der **familiären Bindung**

20.01.2014, Beschwerde Nr. 4789/10, *Gözüm / Türkei*

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); **keine Möglichkeit** für bf **Mutter**, die im Wege einer **Einzeladoption** ein Kind adoptiert hat, dem **Kind** einen **anderen Vornamen** als jenen der biologischen Eltern zu geben; konventionswidrige **Gesetzeslücke**; bedrückende Unsicherheit im Hinblick auf Privat- und Familienleben der Bf mit ihrem Sohn

15.01.2014, Beschwerde Nr. 4097/13, *M.A. / Österreich*

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); **italienisches Gerichtsurteil**, das Rückkehr eines Kindes zum bf Vater nach Italien anordnete, nachdem die Mutter das Kind mit zu sich nach Österreich genommen hatte; **mangelnde Umsetzung** des Urteils durch die österreichische Justiz; **unzureichende verfahrensrechtliche Bestimmungen**, um die aus Art 8 EMRK resultierenden positiven Pflichten zu gewährleisten

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Mag. Matthäus Schmied

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.